

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 64 (1977)  
**Heft:** 14-15: Kleinere Schulklassen : Rückblick auf einen Abstimmungskampf

**Artikel:** Partei stand über der Sache  
**Autor:** Regenass, René  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-532260>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

itiative ist aus der «falschen politischen Richtung» gekommen.

Entscheide, die die Schule und somit die Kinder treffen, sollten zwar nicht nur mit politischem Kalkül getroffen werden. Vielleicht kann man aber auch den Initianten den Vorwurf nicht ersparen, zu wenig für die Aufklärung des Stimmbürgers getan zu haben. Da Diskussionen, die die Schule betreffen, breite Kreise der Bevölkerung nicht erreichen, mag die Initiative für viele nur ein belangloses «Spiel mit Zahlen» gewesen sein. Die Bürger hätten überzeugt werden müssen, dass Schulreformen notwendig sind und kleinere Klassen zwar nur ein erster, aber wichtiger Schritt zu deren Verwirklichung bedeuten.

Solange die Schule für die grosse Mehrheit der Bevölkerung nur eine mehr oder weniger angenehme Erinnerung bedeutet, dürfen die Politiker das Abstimmungsergebnis nicht als bildungspolitischen Entscheid interpretieren, als Zustimmung zum bestehenden Schulsystem.

Ob sie bei der Revision des Schulgesetzes auch den 8940 Mitbürgern Rechnung tragen werden, die für kleinere Klassen sind? Noch wäre es auch im Kanton Zug möglich, ohne parteipolitisches Denken, nur im Interesse der Sache, die Klassenbestände zu senken. Die Revision des Schulgesetzes ist eine weitere Chance für eine Verbesserung der Schule, eine Chance zum Wohl der Kinder.  
LNN Nr. 134 vom 13. Juni

## Partei stand über der Sache

René Regenass

Die Ablehnung der VPOD-Initiative für kleinere Schulklassen musste erwartet werden. Die Tendenz ist, einmal mehr in einer kantonalen Abstimmung, offensichtlich: ausgeglichenes Verhältnis zwischen Ja- und Nein-Stimmen in der Agglomeration Luzern, deutliche Ablehnung auf der Landschaft.

Wer nach Gründen für das Nein sucht, muss sich zuerst an die Herkunft des Volksbegehrens erinnern und erst dann nach dem Inhalt der Abstimmungsfrage forschen. Hinter der Initiative stand eine Gewerkschaft, der VPOD. Das Volksbegehren wurde von den Linksparteien und mit eher zurückhaltender Begeisterung auch vom Landesring unterstützt. Zu Anliegen solcher Provenienz pflegt die Mehrheit der Luzerner ohne nähere Prüfung nein zu sagen, vor allem auf der Landschaft. Den Stadtluzernern und den Bürgern in den Agglomerationsgemeinden liegt der sachpolitische Entscheid, der mehr nach dem Inhalt urteilt, näher. Das haben schon andere Abstimmungen bewiesen. Zudem verfügt man in den Gemeinden der Region Luzern reichlich über Erfahrung mit grossen, zu grossen Schulklassen.

ton Luzern vorläufig ohne Wunsch sind, scheinen auch die beiden grossen Parteien CVP und LPL zu wissen. In beiden Lagern wurde die VPOD-Initiative geschickt und bewusst unterschleift. Keine dieser Parteien raffte sich etwa zu einer öffentlichen Information des Stimmbürgers auf. Bei der CVP gab sogar das Parteikomitee die Parole heraus und nicht die kantonale Delegiertenversammlung, wie dies in den letzten Jahren ausnahmslos üblich war.

Das ist die eine, die parteipolitische Seite des Neins zur VPOD-Initiative. Der andere Gedanke, der wohl ebenfalls entscheidend zur Ablehnung beigetragen hat, liegt im allgemeinen Trend gegen Schulreformen und Lehrerschaft begründet. Auf der Landschaft schätzt man es nicht, wenn der Staat mit Reformvorschlägen kommt und beispielsweise Oberstufenzentren schaffen will. Die Gemeinden wollen ihre Schulen behalten, koste es was es wolle. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Nein zur VPOD-Initiative noch unverständlicher. Denn was wollte dieser Vorstoss anderes, als der Gemeinde die gute, lebensfähige Schule erhalten.

LNN Nr. 134 vom 13. Juni